



Presseschau vom 20.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Alexander Boos: „Von Putsch zu Putsch“: Myanmars Militär und die Lage in Südostasien – Politik-Magazin

Das Potsdamer Weltpolitik-Magazin „Welttrends“ analysiert den Militär-Putsch im südostasiatischen Myanmar sowie den Gerichtsprozess gegen Aung San Suu Kyi. Ein in Asien lebender Politologe betrachtet dabei einen Staat, der in allen Bereichen „vom Militär durchzogen“ ist. Zudem werden Nachbarländer wie Vietnam, Kambodscha oder Laos thematisiert. ...

<https://snanews.de/20210620/myanmar-militaer-putsch-2523169.html>

Tom Fowdy: Eine rote Welle rollt durch Südamerika – und wird wohl noch eine Weile weiterrollen

Der "Hinterhof" der USA wird von einer "roten Welle" erfasst. Der Sieg des Sozialisten Pedro Castillo in Peru ist der jüngste Ausdruck dieser Entwicklung – ausgerechnet auf einem Kontinent, auf dem Washington und sein "Marktfundamentalismus" seit Jahrzehnten dominieren. ...

<https://kurz.rt.com/2jxg>

de.rt.com: Der Keim des Krieges – die USA und Biowaffen

Wenn es um Forschung an und Einsatz von biologischen Waffen geht, ist wenig eindeutig

beleg- und beweisbar. Verglichen damit sind nukleare Waffen geradezu öffentliche Anschauungsobjekte. Klar ist jedoch – die USA sind sehr rege auf diesem Feld, auch nach ihrem offiziellen Verzicht 1969. ...

<https://kurz.rt.com/2je4>

Gert-Ewen Ungar: Anmerkungen zum Verbot der Arbeit des Zentrums Liberale Moderne in Russland

Die Arbeit dreier Organisationen wurde in Russland faktisch verboten. Die Empörung ist groß, eine genauere Analyse aber unterbleibt. Damit ist absehbar, dass weitere Verbote folgen werden, sollte Deutschland seine außenpolitischen Strategien nicht überdenken. ...

<https://kurz.rt.com/2k4i>

snanews.de: 80 Jahre Überfall auf die Sowjetunion: Veranstaltung für den Frieden mit Russland – Bilder

Trotz über 30 Grad und wenig Schatten haben sich knapp 300 Menschen auf dem Sowjetischen Ehrenmal in Berlin versammelt. Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) erinnerten angesichts der zunehmenden Spannungen der Nato an Russlands Grenzen mit einer Veranstaltung an den 22.06.1941 ...

<https://snanews.de/20210620/80-jahre-ueberfall-sowjetunion-veranstaltung-2552590.html>

Eva Bartlett: Der Westen konnte Syrien nicht mit Krieg zerstören – jetzt lässt er mit Sanktionen das Volk hungern

Vor gut zehn Jahren lebten die Syrer in Sicherheit, physisch wie finanziell gesehen. Nach zehn Jahren Krieg gegen Syrien ist die physische Sicherheit zwar weitgehend wieder da – doch zunehmend zerstörerische westliche Sanktionen zwingen die Syrer in einen Existenzkampf. ...

<https://kurz.rt.com/2k29>

abends/nachts:

snanews.de: Putin: Die Menschen nicht nur erhören – sondern auch mit dem Herzen fühlen

Der russische Präsident Wladimir Putin hat auf dem Parteitag von „Einiges Russland“ am 19. Juni die Delegierten darauf aufmerksam gemacht, dass der Staat den Bürgern vor allem komfortable Lebensbedingungen gewährleisten muss.

Nach Ansicht des Präsidenten müssen Politiker jedoch vor allem Empathie an den Tag legen, um die Belange und Bedürfnisse der Menschen zu verstehen.

„Den Menschen ist es egal, welche Regierungsebene für die Lösung dieses oder jenes Problems verantwortlich ist. Welchen Unterschied macht es für sie? Die Menschen brauchen komfortable Lebensbedingungen“, sagte Putin.

Daraufhin fügte er hinzu:

„Wir müssen uns ohne Zweifel mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern beraten, indem wir sie nicht nur hören, sondern auch kennenlernen, mit ihren Problemen, Sorgen, temporären Schwierigkeiten Mitgefühl haben. Wir müssen, wie man so sagt, mit dem Herzen fühlen, worum es jedem einzelnen Mitbürger der Russischen Föderation geht“.

Er wies darauf hin, dass Abgeordnete die Interessen der Bürger über ihre persönlichen Interessen stellen und sich bemühen sollten, jede spezifische Situation zu verstehen und dabei zu helfen. Darüber hinaus sollte man laut Umfragen die Prioritäten in seiner Arbeit richtig setzen können, das Programm des Parteichefs sollte der Bevölkerung angepasst sein, fügte er hinzu.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/13/2549025_0:0:3005:1691_1440x0_80_0_0_5637bdb8450202d95d7e6bd2246ca301.jpg

dan-news.info: Die Pianistin aus den USA Walentina Lissiza hat in Donezk Blumen am Ort niedergelegt, an dem das erste Oberhaupt der Republik Alexandr Sachartschenko starb. „Als ich das erste mal kam, wusste ich wenig über die Ereignisse im Donbass, hatte nur die Presse gelesen. Dann kam ich hierher und alles war ganz anders: viel angespannter, viel dramatischer. Und ich habe mich mit Sachartschenko unterhalten und hatte sofort das Gefühl, dass mein Bruder mit mir spricht. Er hat sein Leben für den Donbass geben und mir fällt es schwer an das zu glauben, was geschah. Mir ist es wichtig, dem Menschen zu gedenken, zu so viel dafür getan hat, dass wir hier unter dem sonnigen Himmel sein können“, sagte Lissiza. Die Anwesenden legten Blumen an dem Denkmal nieder.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/08/dan-news.info-2019-08-23_18-02-26_027407-----25-1024x683.jpg

de.rt.com: **Erstmals seit acht Monaten: Assange darf Besuch von Verlobter und seinen Kindern erhalten**

WikiLeaks-Gründer Julian Assange hat erstmals seit acht Monaten Besuch von seiner Verlobten Stella Martis und seinen beiden kleinen Söhnen erhalten können. Laut Martis habe sie im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh einen "depressiven und verzweifelten" Assange vorgefunden.

Der in Haft sitzende WikiLeaks-Gründer Julian Assange hat im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh zum ersten Mal seit acht Monaten Besuch von seiner

Verlobten Stella Morris und seinen beiden kleinen Söhnen erhalten.

Morris sagte nach dem Besuch am Samstag, die Situation des Australiers sei "vollkommen unerträglich und grotesk". Er quäle sich tagtäglich, und die Haft habe bei ihm "tiefe Depression und Verzweiflung" ausgelöst.

Assange sitzt seit über zwei Jahren in dem Hochsicherheitsgefängnis im Süden Londons. Dort sind einige der gefährlichsten Kriminellen Großbritanniens inhaftiert, darunter Terroristen und Serienmörder. Der 49-Jährige war im April 2019 in Großbritannien verhaftet worden. Zuvor hatte er sich sieben Jahre lang in der ecuadorianischen Botschaft in London Asyl erhalten. Im Januar hatte ein Gericht in London einem Auslieferungsantrag der USA für Assange nicht zugestimmt. Es bestehe das "beträchtliche" Risiko, dass Assange sich in US-Haft das Leben nehmen würde, wie damals die zuständige Richterin mitteilte. Weil die US-Regierung Berufung gegen das Urteil eingelegt hatte, kam Assange vorerst aber nicht auf freien Fuß. Der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, wirft den USA und Großbritannien Folter an Julian Assange vor. Zudem bezeichnet er Assanges Inhaftierung als "einen der größten Justizskandale der Geschichte."

Assange ist in den USA wegen der Veröffentlichung geheimer regierungskritischer Dokumente, die unter anderem Kriegsverbrechen des US-Militärs belegten, und wegen Spionage angeklagt. Bei einer Verurteilung drohen ihm dort bis zu 175 Jahre Haft.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60ce3814b480cc74f719c1aa.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. Juni 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Nishneje Losowoje wurde mit Antipanzergranatwerfern beschossen (5 Granaten).

Informationen über Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: Merkel: Jahrestag des Überfalls auf Sowjetunion "Anlass für Scham" – Kritik an Russland

Ein "Anlass für Scham" sei der Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941, erklärte Angela Merkel in ihrem Videopodcast – um in der Folge Kritik an Belarus und vor allem Russland zu üben. Den Dialog mit Russland brauche man dennoch.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion als "Anlass für Scham" bezeichnet. In ihrem wöchentlichen Video-Podcast verband die Kanzlerin die Erinnerung an den Krieg mit Kritik an den inneren Verhältnissen in Russland und Weißrussland und angeblichen Völkerrechtsbrüchen Russlands. Dennoch

brauche man den Dialog mit Russland Merkel erklärte:

"In wenigen Tagen, am 22. Juni, jährt sich zum 80. Mal der Überfall Nazi-Deutschlands auf die damalige Sowjetunion. Nachdem der deutsche Überfall auf Polen 1939 den Zweiten Weltkrieg entfesselt hatte, eröffnete Deutschland zwei Jahre später ein weiteres, fürchterliches Kapitel. Für uns Deutsche ist dieser Tag Anlass für Scham. Scham über einen schonungslosen Angriffsfeldzug und über das Entsetzliche, was Deutsche den Menschen in den überfallenen Gebieten angetan haben. Das schreckliche Ergebnis von Krieg, Vernichtung und Vertreibung kennen wir alle: Über 20 Millionen Männer, Frauen und Kinder – die Zahlen variieren – vor allem in Russland, der Ukraine und Belarus, aber auch im Baltikum und anderen damaligen Sowjetrepubliken verloren ihr Leben.

In Demut verneigen wir uns vor den wenigen heute noch lebenden Überlebenden dieses Angriffskrieges. Und wir sind zutiefst dankbar, dass so viele dieser Menschen uns die Hand zur Versöhnung gereicht haben. Dass sie dazu bereit waren, grenzt an ein Wunder nach allem, was Deutsche ihnen angetan haben.

Dankbar sind wir auch dafür, dass die Politik von Michail Gorbatschow mit Glasnost und Perestroika uns Deutschen 1990 die friedliche Wiedervereinigung ermöglicht hat. Ich bin froh über die zivilgesellschaftlichen Verbindungen, die sich seitdem zwischen unseren Ländern entwickelt haben.

Umso mehr schmerzt uns daher heute, wie in jüngster Zeit zivilgesellschaftliches Engagement in Russland, aber auch in Belarus, eingeschränkt, ja unmöglich gemacht wird. Wenn friedliche Demonstranten und missliebige Oppositionelle weggesperrt werden, belastet das unsere Beziehungen schwer. Deutschland, wie die gesamte Europäische Union, kann auch nicht akzeptieren, dass Russland durch die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und durch die massive Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine Völkerrecht gebrochen hat – und damit die europäische Nachkriegsordnung in Frage stellt.

Und dennoch: Wir brauchen auch weiterhin den Dialog mit Russland. Unsere Länder sind historisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich eng miteinander verbunden. Wir wissen, dass wir auf internationale Zusammenarbeit angewiesen sind. Das hat uns die Pandemie wieder gezeigt und das gilt erst recht für den Kampf gegen die Erderwärmung, der uns alle betrifft. Russland spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu ihrer bleibenden Verantwortung für die Verbrechen der Nazi-Herrschaft. Dazu gehört es, immer wieder an das, was war, zu erinnern. Es darf kein Vergessen geben, das schulden wir den Millionen Opfern und ihren Nachfahren. Aus dieser Verantwortung erwächst unsere Pflicht, für den Frieden und für eine internationale Ordnung, die auf Regeln basiert, zu arbeiten."



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.06/article/60ced76eb480cc770225aff9.png>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 19. Juni 3:00 Uhr bis 20. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaft: **Mineralnoje**.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein. Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 3.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde 1 Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Kampfprobt Waffe: Polen will Nato-Ostflanke mit türkischen Drohnen verstärken

Türkische Kampfdrohnen des Typs Bayraktar TB2 werden nach Ansicht des polnischen Außenministers Zbigniew Rau die Nato-Ostflanke stärken. Diese Auffassung hat Rau in einem schriftlichen Interview mit der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu zum Ausdruck gebracht, das am Rande der internationalen Konferenz „Antalya Diplomacy Forum“ gegeben wurde.

In einem am Samstag veröffentlichten Interview bezeichnete Rau die Drohne Bayraktar TB2 als „technologisch fortschrittliche Waffe, die kampferprobt und effektiv ist“.

„Wir sind sicher, dass sie die Fähigkeiten der polnischen Armee stärken und zur Festigung der Ostflanke der Nato beitragen wird“, äußerte er.

Im Mai hatte der polnische Verteidigungsminister, Mariusz Błaszczak, den Kauf von 24 türkischen Drohnen des oben erwähnten Typs angekündigt.

Polen für türkischen EU-Beitritt

Beim Thema der EU-Erweiterung betonte Rau, nach Ansicht Polens werde „nur die Vollmitgliedschaft der Westbalkan-Länder und der Türkei in der EU die volle Entwicklung der Zusammenarbeit für Stabilität und Wohlstand in Europa gewährleisten“.

„Trotz der aktuellen Schwierigkeiten bei den Beitrittsverhandlungen sollte der Kandidatenstatus der Türkei erhalten bleiben und die Verhandlungen sollten fortgesetzt werden, sobald die Bedingungen es erlauben. Wir betrachten die Türkei als einen strategischen Partner und hoffen auf ihre Annäherung an die EU“, so Rau.

Außerdem sei die Türkei Polens strategischer Partner in der Nato, „in einem regionalen und bilateralen Kontext“. Die beiden Länder würden mit Sicherheitsbedrohungen an ihren Grenzen konfrontiert, so Rau weiter.

Sein Land lege „großen Wert auf die Beziehungen zur Türkei“, hob der polnische Außenminister hervor und erwähnte unter anderem, dass Ankara und Warschau die Schritte zum Ausbau der Zusammenarbeit des Nordatlantischen Bündnisses mit Georgien und der Ukraine behandeln.

Antalya Diplomacy Forum

Das Antalya Diplomacy Forum findet zwischen 18. und 20. Juni statt. Die Organisatoren stuften die Veranstaltung als ein Treffen von ranghohen Fachleuten ein, die sich mit Diplomatie befassen, wie beispielsweise politische Führungskräfte, Diplomaten,

Meinungsmacher oder Akademiker. Laut dem Koordinator des Forums, Murat Karagoz, wurde das von dem türkischen Minister geleitete Treffen als eine Plattform gedacht, die eher Meinungsaustausch und freie Diskussionen als formelle Statements voraussetzt. Bei der Konferenz, die Fachleute sowohl vom transatlantischen Raum als auch aus asiatischen und afrikanischen Staaten sowie den Ländern des östlichen Mittelmeerraums einbeziehen sollte, sollten Fragen des regionalen Friedens und der Zusammenarbeit besprochen werden, hieß es.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/14/2551998_0:92:3479:2048_1440x0_80_0_0_74e773c00b0294b1607a7060657a8523.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 20. Juni um 9:00 Uhr 5027 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 4395 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 462 Todesfälle.

de.rt.com: **Russlands Botschafter kehrt nach Washington zurück: "Uns steht viel Arbeit bevor"**

Der russische Botschafter kehrt nach drei Monaten in Moskau in die USA zurück. Anatoli Antonow ist am Sonntagmorgen vom Flughafen Scheremetjewo zunächst nach New York abgeflogen. Dem Diplomaten zufolge sei er optimistisch gestimmt. Es stehe aber viel Arbeit bevor.

Anatoli Antonow, Russlands Botschafter in den USA, ist am Morgen des 20. Juni mit einer Passagiermaschine vom Flughafen Scheremetjewo zunächst nach New York abgeflogen. Wie die Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf eine Quelle mitteilte, werde der Diplomat bereits am Montag sein Amt in Washington wieder antreten.

Vor der Rückkehr in die USA sagte Antonow der Nachrichtenagentur RIA Nowosti, er sei optimistisch gestimmt und rechne auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit seinen US-Kollegen. Er habe bereits mehrere Treffen eingeplant.

"Uns steht viel Arbeit bevor. Wir rechnen mit Fortschritten."

Antonow hatte im März vor dem Hintergrund einer weiteren Zuspitzung der russisch-amerikanischen Beziehungen Washington verlassen. Der offizielle Anlass seiner vorübergehenden Abberufung waren Konsultationen in Moskau.

Danach erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow, Moskau habe dem US-Botschafter John Sullivan empfohlen, sich nach Washington zu "ausführlichen, ernsthaften Konsultationen" zu begeben. Am 20. April teilte das State Department mit, Sullivan habe beschlossen, in die USA zurückzukehren. Am 16. Juli vereinbarten Russlands Präsident Wladimir Putin und sein US-Amtskollege Joe Biden, dass die Botschafter in die diplomatischen Vertretungen in Moskau und Washington wieder zurückkehren würden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60cefd9fb480cc76f17f2963.jpg>

Mzdnr.ru: Am 19. Juni wurden in der DVR 167 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 65 positiv, bei 18 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 20. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 41.876 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3557 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 35.136 als gesund entlassen, es gibt 3183 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 55 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 28 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 38 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1077 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 544 mit Sauerstoffunterstützung (+154 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1901 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

rusvesna.su: **Russisches Militär blockiert einen Konvoi der US-Armee**

Die internationale Koalition unter Führung der USA unternahm einen neuen Versuch, die Protokolle zur Konfliktlösung im Nordosten Syriens zu verletzen, woraufhin das russische Militär den amerikanischen Konvoi blockierte.

Darüber wird in der neuen exklusiven Reportage von „Russkaja Wesna“ aus der Arabischen Republik Syrien berichtet.

Eine Einheit der russischen Streitkräfte, die die sichere Bewegung von Konvois entlang der Autobahn M-4 im Gebiet der Siedlung Tell Tamr in der Provinz Haseke gewährleistete, registrierte die Bewegung einer Koalitionspatrouille bestehend aus vier gepanzerten Fahrzeugen MaxxPro und Oshkosh M-ATV, in westlicher Richtung unter amerikanischer Flagge.

Die US-Militärs wechselten ohne Vorankündigung auf die russische Seite und verletzten die bestehenden Mechanismen zur Verhinderung von Konfliktsituationen.

Das russische Militär blockierte die Bewegung des Konvois der US-Streitkräfte.

Infolgedessen war die Einheit der Koalitionstreitkräfte gezwungen, umzukehren und in ihr Gebiet zurückzukehren.

Die Vereinigten Staaten von Amerika verlieren weiter an Einfluss in den nordöstlichen Regionen Syriens, was mit der Zunahme der antiamerikanischen Stimmung und einer Zunahme der Zahl der Anwohner verbunden ist, die die offizielle Regierung Syriens unterstützen. Diese Situation zwingt Washington dazu, seine Aktivitäten in der Region zu intensivieren, auch unter Verletzung aller Abkommen mit Russland.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_tayfun_oshkosh_voennye_rossii_ssha_haseke.jpg

snanews.de: **"Es werden sowieso alle gezwungen": Sankt Petersburger stehen Schlange für Corona-Impfung**

Die Behörden von Sankt Petersburg kündigten am Samstag die obligatorische Impfung von 65 Prozent der Beamten an. Die Einwohner von Sankt Petersburg standen Schlange in einem Einkaufszentrum, um sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen.

Die Einwohner von Sankt Petersburg standen Schlange in einem Einkaufszentrum, um sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen. "Ich wurde schon vor langer Zeit geimpft und erst jetzt habe ich meine Tochter überreden können", erklärte die Einwohnerin Larissa.

"Außerdem ist Sputnik V der Impfstoff, der bereits die dritte Stufe der Tests bestanden hat, was bedeutet, dass er funktioniert", fügte sie hinzu.

Ein anderer Bürger, Bogdan, merkte an, dass er aus freien Stücken zur Impfung gekommen ist, da er später möglicherweise geimpft werden muss. "Es werden sowieso alle gezwungen, also warum nicht vorher [impfen lassen]", sagte er gegenüber einem Journalisten. "Aufgrund der Tatsache, dass es überall zur Pflicht wird, habe ich mich entschieden, es jetzt zu tun", erklärte Bogdan.

Die Behörden von Sankt Petersburg kündigten am Samstag die obligatorische Impfung von 65 Prozent der Beamten an. Die Pflichtimpfung soll bis zum 15. August durchgeführt werden. Darüber hinaus wurde den Universitäten der Stadt empfohlen, die Studenten zu einer Impfung zu ermutigen.

Zuvor hatten vier weitere Regionen in Russland eine Impfpflicht eingeführt. Moskau, wo die Zahlen positiv Getesteter in diesem Monat sprunghaft angestiegen waren, hatte die Vorschrift am Mittwoch als Erstes angekündigt. Die umliegende Region Moskau, die sibirische Region Kemerowo und die fernöstliche Region Sachalin folgten prompt.

In den letzten 24 Stunden wurden 996 neue Fälle von COVID-19-Infektionen in Sankt Petersburg festgestellt, während landesweit insgesamt 17.906 neue Fälle registriert wurden.

`<iframe width="905" height="509" src="https://www.youtube.com/embed/WcMfgHH39LI" title="YouTube video player" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/WcMfgHH39LI>

de.rt.com: **Bolivians Ex-Minister Carlos Romero: 2019 gab es Pläne, Evo Morales physisch zu beseitigen**

Ein früherer bolivianischer Minister im Kabinett von Evo Morales hat neue Einzelheiten über den Staatsstreich in Bolivien im November 2019 bekannt gegeben. Carlos Romero zufolge soll die Opposition geplant haben, den damaligen Präsidenten physisch aus dem Weg zu räumen.

Der ehemalige Minister der bolivianischen Regierung Carlos Romero hat in einem am 19. Juni auf Facebook veröffentlichten Video neue Einzelheiten über den Staatsstreich im südamerikanischen Land im November 2019 enthüllt. Der 54-Jährige teilte am Samstag mit, es habe einen "Verschwörungsplan" gegeben, den damaligen Präsidenten Evo Morales "physisch zu eliminieren". Demnach habe ein Polizist den Politiker aufgrund eines "Expressbefehls" festnehmen sollen, um ihn "ums Leben zu bringen".

Gleichzeitig betonte Romero, die Polizei habe Anweisungen der Opposition schon mehrere Tage vor der offenen Meuterei am 8. November in Cochabamba befolgt.

"Die bolivianische Polizei verweigerte dem Minister der Regierung und dem Präsidenten ihren Befehlsgehorsam. Das passierte nicht erst seit der polizeilichen Meuterei, sondern schon viel früher, als die Polizeikontrollen, die die Wahlsicherheit hätten gewährleisten sollen, problemlos überschritten wurden und es zuließen, dass die Wahlgerichte in vielen Städten angezündet wurden."

Der ehemalige Minister beschuldigte darüber hinaus den früheren Polizeichef Yuri Calderón, Teil eines "Ablenkungsmanövers" gewesen zu sein, während man den Plan der Gehorsamsverweigerung ausgeheckt habe. Zwar habe Calderón mehrmals seine Sympathien für die "linke Ideologie" öffentlich bekundet. In Wirklichkeit habe er aber die "Putschisten" koordiniert und die Anweisung erteilt, Präsident Morales zu verhaften.

Romero behauptete außerdem in seinem Facebook-Video, dass die bolivianische Polizeispitze "auf eigene Faust" begonnen habe, die rechtsorientierten Putschisten und Verschwörer zu beschützen. Dem Ex-Minister der Regierung von Morales zufolge hätte die ehemalige Übergangspräsidentin Jeanine Áñez unter anderen Umständen niemals zur Staatschefin werden können. Sie habe das Amt "durch ein Fenster" angetreten.

"Sie wurde nicht gewählt. Denn sie war niemals Senatsvorsitzende gewesen. Nach der Verfassung stand sie nicht in der Nachfolge. Der Rechtsstaat wurde mit Füßen getreten."

Romeros Enthüllungen kamen, nachdem sich der frühere bolivianische Staatschef Carlos Mesa Gisbert geweigert hatte, am Donnerstag auf einer von der Staatsanwaltschaft einberufenen Anhörung im Fall "Staatsstreich" auszusagen. Nach der Meinung des Politologen Hugo Siles lasse das Schweigen des ehemaligen Präsidenten sein Handeln wenige Tage vor dem Staatsstreich in einem anderen Licht erscheinen. Nach Angaben von Romero soll ausgerechnet Mesa zu Protesten und Gewalt in den bolivianischen Städten aufgerufen haben. Anschließend habe er sich mit der Opposition getroffen, um die konstitutionelle Nachfolge zu bestimmen.

Präsident Evo Morales war nach der Wahl im Oktober 2019 auf Druck des Militärs zurückgetreten. Ihm wurde Wahlbetrug vorgeworfen. Als zweite Vizepräsidentin des Senates ernannte Áñez sich selbst zur Übergangspräsidentin. Morales erhielt nach dem Putsch politisches Asyl in Mexiko. Der MAS-Kandidat Luis Arce entschied dann eine mehrfach verschobene Präsidentenwahl im Oktober 2020 für sich. Dies ermöglichte Morales die Rückkehr nach Bolivien.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60cf1e1ab480cc781873e4a0.jpg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 20.06.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feueereinstellung.

In den letzten 24 Stunden wurde **eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen der 72. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Bogomolow von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus drei Granaten mit einem Unterlaufgranatwerfer auf **Mineralnoje** abgefeuert.

Der Verstoß wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die ukrainische Seite im GZKK hat den Versuch der Vertreter der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, ignoriert.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert wurden.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmgrade:

zwei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge und ein Abwehrgeschütz im Gebiet von Bachmut.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer und ein Panzertransporter in Slawnoje.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ behindert weiter zielgerichtet die Arbeit der internationalen Beobachter, indem es die Luftbeobachtung der OSZE behindert. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen zu verhindern, im Verantwortungsbereich der 128. Brigade aktiv Stationen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung zur Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen im Gebiet von Lomakino eingesetzt wird.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ unternimmt weiter Versuche, die Lage zu destabilisieren und provoziert die Volksmiliz der DVR zu erwidern Aktivitäten, um Fakereportagen zu erstellen, um die Republik der Verletzung des Regimes der Feueereinstellung zu beschuldigen.

Nach Angaben unserer Aufklärung ist die Ankunft von zwei Scharfschützengruppen aus dem

54. Aufklärungsbataillons im Verantwortungsbereich der 72. mechanisierten Brigade im Gebiet von Awdejewka festzustellen, um dort Feuerprovokationen durchzuführen.

Im Zusammenhang damit erwarten wir Provokationen, unter anderem im Informationsraum, die die ukrainische Seite in ihrem Interesse bei der bevorstehenden Sitzung der Kontaktgruppe am 22.-23. Juni nutzen wird.

Nach uns vorliegenden Informationen findet im 109. Bataillon der 10. Gebirgsturmgrade aufgrund einer Lebensmittelvergiftung von Kämpfern auf den Frontpositionen eine interne Rotation statt.

Drei Kämpfer wurden mit hyperosmolarer Dehydratation in ein Krankenhaus von Kramatorsk eingeliefert. Der Brigadekommandeur Kotlik schickte eine Kontrollgruppe unter Leitung des Leiters des Sanitätsdienstes in das Bataillon, um die Ursache der Erkrankung zu ermitteln.

Nach einer Version ist die Ursache der Vergiftung die Lieferung von Lebensmitteln mit abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum an die Einheiten auf den Frontpositionen.

Weitere Fälle des Verlassens der Positionen sind in der 93. Brigade festzustellen. So wurde am 17. Juni bei der Kontrolle der dienstlichen Aktivitäten des Personals des 1. mechanisierten Bataillons durch den Bataillonskommandeur im Gebiet von Bogdanowka ein Fall von gesetzwidriger Abwesenheit von zwei Kämpfern auf den Frontpositionen festgestellt.

Zu diesem Vorfall sind Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes zur Durchführung einer Ermittlung am Stationierungsort der Brigade eingetroffen, die Soldaten sind zur Fahndung ausgeschrieben:

Im Zusammenhang mit dem kritisch niedrigen moralisch-psychischen Niveau der ukrainischen Soldaten werden auf Anweisung des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Litwinow in den Verbänden und Truppenteilen der Gruppierung Übungen mit dem kommandierenden Personal und außerplanmäßigen Psychologen der Einheiten durchgeführt.

Hauptziel der Übungen ist die Ausbildung der Kommandeure in der Methodik zur rechtzeitigen Entdeckung von psychisch erkrankten Soldaten, die Leistung von psychologischer Unterstützung und in der Folge die Verhinderung von Selbstmorden, Desertionen und nicht kampfbedingten Verlusten aus diesem Grund, sowie von Soldaten, die Drogen und Alkohol konsumieren.

snanews.de: **Weißes Haus kündigt weitere Sanktionen gegen die am Bau von Nord Stream 2 beteiligten Firmen an**

Die Vereinigten Staaten werden laut dem nationalen US-Sicherheitsberater Jake Sullivan weitere Sanktionen gegen die am Bau von Nord Stream 2 beteiligten Firmen einführen.

Auf die Frage in einer CNN-Sendung, warum die USA die Einführung der Sanktionen gegen Nord Stream 2 ausgesetzt hätten, sagte Sullivan: „Die Frage ist, ob wir unsere europäischen Partner, Verbündeten und Freunde direkt mit Sanktionen belegen werden. Präsident Biden sagte: ‚Ich bin nicht bereit, dies zu tun, aber ich bin bereit, alle 90 Tage Sanktionen gegen die russischen Firmen zu verhängen, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind.‘“

Außerdem bereiten die USA laut Sullivan ein weiteres Sanktionspaket im Fall Nawalny vor. Der Politiker erinnerte in der CNN-Sendung daran, dass US-Präsident Joe Biden ein Dekret unterzeichnet habe, welches das Verfahren zur Einführung neuer Sanktionen gegen Russland in vieler Hinsicht erleichtere. In der Zukunft wollen die USA Sullivan zufolge auch zusätzliche Sanktionen in Bezug auf die Chemiewaffen verhängen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/05/0e/2101812_0:219:2047:1370_1440x0_80_0_0_d5c0f0f51cf720018c16c2bc30532ce8.jpg

snanews.de: **Kubanischer Impfstoff „Soberana 02“ weist Wirksamkeit von 62 Prozent auf**

Der auf Kuba entwickelte Corona-Impfstoff Soberana 02 hat nach Angaben des Biotechunternehmens Biocubafarma eine Wirksamkeit von 62 Prozent aufgewiesen. Dies geht aus einer Twitter-Mitteilung der Firma hervor. Dabei seien zwei der drei vorgesehenen Impfdosen verabreicht worden.

„Nur zwei Dosen von Soberana 02 erreichten eine 62-prozentige Wirksamkeit“, hieß es in der Mitteilung. Somit sei der von der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Impfstoffe geforderte Wert der Wirksamkeit (von 50 Prozent – Anm. d. Red.) überstiegen, hieß es.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums haben mehr als 4,3 Millionen Menschen an Tests der Impfstoffkandidaten Soberana 02 und Abdala teilgenommen. Seit dem 4. Juni wird in zwei Provinzen des Landes das Vakzin Soberana Plus getestet, das aus drei Impfstoffdosen besteht.

Laut Vicente Várez, dem Chef des epidemiologischen Forschungsinstituts, „Instituto Finlay de Vacunas“, das den Impfstoff entwickelt hat, soll die Vakzinierung mit drei Impfstoffdosen noch vielversprechender sein:

„In ein paar Wochen sollen wir die Ergebnisse für die Wirksamkeit mit drei Dosen haben, von denen wir erwarten, dass sie überragend sind“, zitiert ihn die Nachrichtenagentur Reuters.

Auf der Karibikinsel wurden bislang fünf Impfstoffkandidaten gegen Covid-19 entwickelt: Soberana 01, Soberana 02, Soberana Plus (hergestellt von dem Instituto Finlay de Vacunas), Abdala und Mambisa (produziert vom kubanischen Zentrum für Gentechnologie und Biotechnologie CIGB). Die Impfstoffkandidaten Soberana 02 und Abdala befinden sich in der dritten und letzten Testphase.

Die Unternehmensgruppe Biocubafarma will bis spätestens August eine Anzahl von Impfdosen herstellen, die für die Vakzinierung der gesamten Bevölkerung des Landes ausreichend wäre.

Mehrere lateinamerikanische Länder hatten Interesse am Kauf von Kubas Impfstoffen bekundet.

Kuba hat sich dafür entschieden, keine ausländischen Vakzine zu erwerben. Zudem ist das Land kein Mitglied des WHO-Covax-Mechanismus, der Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen Zugang zu den Impfstoffen verschaffen soll.

Seit Beginn der Pandemie wurden in Kuba nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation mehr als 163.000 Covid-19-Infektionen und 1124 Corona-Tote verzeichnet



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/14/2555201_0:114:3389:2020_1440x0_80_0_0_a00f81c91fb900be029c95e50ebac066.jpg

snanews.de: Daten zu Corona-Ursprung übergeben: Chinesischer Beamter soll in USA geflohen sein – Medien

Der stellvertretende chinesische Staatssicherheitsminister Dong Jingwei ist nach Angaben von „Daily Beast“ mit seiner Tochter in die USA geflohen. Demnach verließ der hochrangige Beamte China Mitte Februar, um Informationen aus dem Wuhan Institute of Virology an Washington zu übergeben.

Das berichtet das Nachrichtenportal unter Berufung auf oppositionelle chinesische Medien. Es sei nicht ausgeschlossen, dass diese Daten die Haltung der Regierung von US-Präsident Joe Biden zum Ursprung von SARS-CoV-2 beeinflusst haben könnten. Bisher seien diese Angaben keiner Überprüfung unterzogen worden, betonte das Portal. Sollten sie aber der Wahrheit entsprechen, könnte Dong Jingwei der ranghöchste Überläufer in der chinesischen Geschichte werden.

Der ehemalige Pentagon- und CIA-Experte Nicholas Eftymiades bezeichnete diese Berichte als „pure Gerüchte“. Er merkte an, dass es im Rahmen des Informationskriegs zwischen Peking und der chinesischen Opposition dazu regelmäßig komme.

Die Weltgesundheitsorganisation hatte im März den vollständigen Bericht einer Expertengruppe veröffentlicht, die den Ursprungsort der Corona-Pandemie, Wuhan, besucht hatte. Die Version, dass ein Laborunfall die Ursache der Pandemie sein könnte, hielten die Experten für „extrem unwahrscheinlich“. Stattdessen legten sie die Vermutung nahe, SARS-CoV-2 könne von Fledermäusen durch ein anderes Tier auf den Menschen übertragen worden sein. Die USA und 13 weitere Länder zeigten sich über den Bericht besorgt und sprachen sich für eine unabhängige Untersuchung aus.

Gleichzeitig betonte China immer wieder, dass es eine offene und verantwortungsvolle Haltung zum Thema Covid-19 einnehme. Laut chinesischem Außenministerium habe Peking von Beginn der Pandemie an eine Untersuchung eingeleitet, den Erreger erkannt und alle Schlüsseldaten veröffentlicht. Das Vorhaben der Vereinigten Staaten, den Ursprungsort von SARS-CoV-2 in China zu untersuchen, bezeichnete Peking als politisches Spiel sowie einen Versuch, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/14/2554907_0:320:3073:2048_1440x0_80_0_0_8a0e42a397d81898e4379795404102bb.jpg